

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache 20(17)58

"LGBTIQ - Rechte weltweit"

Stellungnahme von Mikhail Tumasov, ehemaliger Vorsitzender des Russian LGBT Network

40. Sitzung des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages

Öffentliche Anhörung: "LGBTIQ - Rechte weltweit" am 24. Mai 2023

Sachverständiger: Mikhail Tumasov, ehemaliger Vorsitzender des Russian LGBT Network

Frage: Die massive Einschränkung der Menschenrechte in Russland geht mit einer homophoben Gesetzgebung einher, zuletzt im Dezember 2022. Mit welchen Zielen und mit welchen Mitteln über die Gesetzgebung hinaus verfolgt Präsident Putin die Diskriminierung von LGBTIQ-Personen in Russland und verfolgt er mit diesem Vorgehen eine außenpolitische Strategie und mit welchem Ziel?(CDU/CSU)

Antwort:

Mit der Verabschiedung des sogenannten "Anti-Homosexuellen-Propaganda-Gesetzes" hat Russland Raum für einen Krieg gegen die LSBTIQ*-Community gegeben. Das Gesetz, genau wie sein Vorgänger-Gesetz von 2013, wurde nicht nur beschlossen, um die russische Gesellschaft vor den angeblich negativen Auswirkungen der liberalen oder westlichen Werte zu schützen, sondern hat effektiv LSBTIQ*-feindliche Gewalt und Hassverbrechen gegen die sexuellen Minderheiten von Russland geschürt. Das Fehlen jedweder Schutzgesetze macht die LSBTIQ*-Community schutz- und hoffnungslos gegenüber diesen Angriffen.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass das russische "Anti-Homosexuellen-Propaganda-Gesetz" nur eine der Herausforderungen darstellt, denen sich die LGBTQ+-Gemeinschaft im Land gegenüber sieht. Bestehende gesellschaftliche Vorurteile und Diskriminierung sowie das Fehlen eines umfassenden rechtlichen Schutzes spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei den Schwierigkeiten, mit denen diese Gruppe konfrontiert ist, wie auch das Fehlen von

Schutzgesetzen und das Vorhandensein vieler weiterer Gesetze, die die Meinungsfreiheit massiv einschränken.

Im Jahr 2013 verabschiedete Russland ein Gesetz, das gemeinhin als "Schwulen-Propaganda-Gesetz" oder "Anti-Homosexuellen-Propaganda-Gesetz" bekannt ist. Mit diesem Gesetz wurden Beschränkungen für Rollenmodelle von LGBTIQ-Personen unter Minderjährigen eingeführt. Es führte zu einer riesigen Welle von Hassreden in den Massenmedien, Hassverbrechen, organisierten homophoben Banden (in vielen Fällen mit Unterstützung lokaler oder sogar föderaler Abgeordneter), die den Zugang zu korrekten Informationen über LGBTIQ-Personen, zu medizinischer und rechtlicher Unterstützung und zu jeglicher Art von Sichtbarkeit einschränkten. Aber die letzte Ausgabe ist noch schlimmer, da sie sich unter allen Menschen in Russland ausbreitet. Das Einzige, was sie erlaubt, ist die Verurteilung von LGBTIQ-Menschen. Sie macht das Funktionieren von LGBTIQ-Organisationen, Bloggern, Journalisten, einschließlich kultureller Organisationen, zur Nebensache, die ebenfalls als ausländische Agenten bezeichnet und gezwungen wurden, Russland zu verlassen.

Besonders schlimm wird es für Transgender, gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern und LGBTIQ-Jugendliche. Es verbietet Transgender-Propaganda und macht nun den Weg frei für ein Verbot der Geschlechtsumwandlung, besonders in Kriegszeiten.¹

Es beeinflusst auch die Arbeit der ausländischen Organisationen.²

Einem Bericht von Human Rights Watch³, Amnesty International⁴, Russian LGBT network⁵, Coming out⁶ und vielen anderen⁷ zufolge hat die Gewalt und Diskriminierung von LSBTIQ* in Russland seit der Einführung des Propaganda-Gesetzes erheblich zugenommen. In dem Bericht werden mehrere Fälle von gewalttätigen Übergriffen, darunter Schläge und Messerstiche, sowie Fälle von Belästigung, Erpressung, Beschimpfung, Diskriminierung und Verfolgung von LSBTIQ* aufgeführt, darunter auch die besondere Lage in Tschetschenien. Innerhalb nur

¹ <https://www.gazeta.ru/social/news/2023/04/24/20279749.shtml>

² <https://www.reuters.com/technology/russia-fines-google-over-lgbt-propaganda-false-information-agencies-2023-05-11/>

³ <https://www.hrw.org/report/2018/12/12/no-support/russias-gay-propaganda-law-imperils-lgbt-youth>

⁴ <https://www.amnesty.org/en/location/europe-and-central-asia/russia/>

⁵ https://issuu.com/svetlanazakharova0/docs/_____cfef4316467eb6

⁶ <https://comingoutspb.com/publikatsii/monitoring-diskriminatsii/doklad-o-polozhenii-lgbt-soobshchestva-v-sankt-peterburge-v-2021-godu/>

⁷ <https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/1477370819887511>

eines Monats gab es mehrere Fälle⁸, darunter die Abschiebung eines deutschen Staatsbürgers⁹.

Neben Gewalt und Diskriminierung wurde das sogenannte Anti-Propaganda-Gesetz auch dazu benutzt, LSBTIQ*-Aktivist*innen und -Organisationen zum Schweigen zu bringen. Viele Aktivist*innen und Organisationen sahen sich einer verstärkten Kontrolle, rechtlichen Einschränkungen und Schikanen durch Behörden und konservative Gruppen ausgesetzt. Dies hat ein feindliches Umfeld für LSBTIQ* geschaffen, das es ihnen erschwert, Unterstützung zu suchen oder Hassverbrechen anzuzeigen.

In einigen Fällen hat das Regime mit Hilfe der föderalen Massenmedien^{10, 11} und Bürgerwehrgruppen soziale Medien und Online-Plattformen genutzt, um LSBTIQ* zu identifizieren und öffentlich zu beschämen, was zu ihrer weiteren Marginalisierung und Stigmatisierung geführt hat. Solche Aktionen haben eine Atmosphäre der Angst und Repression für die LSBTIQ*-Community in Russland geschaffen, sodass man inzwischen von einem systematischen Ansatz bei der LSBTIQ*-Verfolgung sprechen muss.

All dies führt zu einer Verschlechterung der körperlichen und geistigen Gesundheit in der Community und zu einem Anstieg der HIV-Infektionen.

Richter*innen laden externe Sachverständige ausschließlich zu dem Zweck ein, Schuldsprüche zu fällen.

Durch die Förderung von Anti-LSBTIQ*-Einstellungen¹² stellt sich Russland mit Hilfe staatlicher Mittel, der christlich-orthodoxen Kirche, der so genannten Russischen Häuser als kulturelle Vertreter in verschiedenen Ländern und vieler anderer weniger offensichtlicher Mittel auf die Seite konservativer Ideologien und findet eine gemeinsame Basis mit gleichgesinnten Personen oder Gruppen, insbesondere in Regionen, in denen solche Ansichten vorherrschen. Diese Strategie

⁸ <https://www.out.com/news/gay-russian-tiktokers-arrested>

⁹ <https://www.rferl.org/a/32353724.html>
<https://parniplus.com/news/yakutsk-lgbt-propaganda/>
<https://parniplus.com/news/shtraf-za-propagandu-sostavil-100-tysyach-dlya-yana-dvorkina/>

¹⁰ <https://youtu.be/GKsXCIQHccQ>
<https://www.youtube.com/watch?v=CJ9ruSd3oTQ>
<https://www.ntv.ru/novosti/2272062/>
<https://www.youtube.com/watch?v=vsSR79aN-e0>

¹² <https://remybonny.files.wordpress.com/2019/10/outsourcing-autocratic-anti-lgbti-soft-power.pdf>

ermöglicht es Russland, Allianzen zu knüpfen und zu pflegen, Einfluss auszuüben und seine politischen und geopolitischen Interessen durchzusetzen. Dies wird von der großen Mehrzahl der Menschenrechtsaktivist*innen und -Organisationen verurteilt. Die Menschenrechte von LSBTIQ* dürfen nicht geopfert werden, damit Russland seine geopolitische Stellung ausbauen kann.

Wir sehen diesen Einfluss an der Verabschiedung des "Anti-Propaganda-Gesetzes" in Ungarn 2021,¹³ den Gegenprotesten bei der EuroPride in Belgrad 2022¹⁴ und der Gewalt 2019¹⁵ und 2021¹⁶ beim Tiflis-Pride. Auch in Kasachstan, Kirgisistan¹⁷, Frankreich¹⁸, Bulgarien¹⁹ und an zahlreichen weiteren Orten konnten wir diesen negativen Einfluss verfolgen.²⁰

Ein Beispiel hierfür ist Wladimir Jakunin, der zu den Förderern der internationalen ultrakonservativen Bewegung gehört. Er steht immer noch nicht auf einer EU-Sanktionsliste und hat über den Dialog der Zivilisationen, der seinen Sitz in Berlin hat, ein Interesse an Deutschland. Ein weiteres ist Alexey Komov, der Assistent von Konstantin Malofeev, der auch der russische Direktor beim Weltkongress der Familien ist. Das Russische Institut für Strategische Studien (RISI) ist die Hauptorganisation, die die Angriffe auf LSBTIQ* in Europa koordiniert. Verantwortlich hierfür ist der Leiter der demographischen Abteilung Igor Beloborodov. Beloborodov ist ebenfalls noch nicht sanktioniert.

Die geopolitischen Ambitionen des derzeitigen Regimes gehen über LSBTIQ*-Feindlichkeit hinaus und umfassen ein breiteres Spektrum an Zielen, die regionale Dominanz, Machtprojektion und die Verfolgung eigener Interessen beinhalten. Es ist wichtig, die Vielschichtigkeit der russischen Außenpolitik zu berücksichtigen und ihren Einfluss nicht nur einem Aspekt wie der LSBTIQ*-Feindlichkeit zuzuschreiben, aber Homophobie ist ein äußerst effektives und einfaches Instrument zur Erreichung dieser Ziele.

¹³ <https://www.forbidden-colours.com/2023/02/10/launch-petition-lawsuit-hungary/>

¹⁴ <https://www.euronews.com/2022/09/30/belgrade-europride-2022-a-storm-over-the-rainbow-flag>

¹⁵ https://www.eeas.europa.eu/node/64496_en

¹⁶ https://en.wikipedia.org/wiki/2021_attack_on_Tbilisi_Pride

¹⁷ <https://www.ilgrandecolibri.com/en/kyrgyzstan-gay-propaganda-bi/>

¹⁸ <https://www.aidsmap.com/news/may-2021/whos-financing-anti-gender-movement-europe>

¹⁹ <https://www.freiheit.org/sites/default/files/2021-01/onedayofpride.pdf>

²⁰ <https://www.gwi-boell.de/en/2022/02/03/the-transnational-anti-gender-movement-europe>

Eine Regierung, die die Würde eines jeden Menschen nicht respektiert, wird auch das Leben an sich als Grundrecht nicht akzeptieren, wie wir jetzt am Beispiel Russlands sehen können, das nach einem langen Krieg gegen die Menschenrechte im eigenen Land den blutigen Krieg gegen die Ukraine begonnen hat.

Das ist die Art und Weise, wie es funktioniert, und wir kennen es aus der Vergangenheit und leider auch aus der Gegenwart als eine Tatsache der Entmenschlichung der Gesellschaft, die mit dem Mangel an Pluralismus, Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit einhergeht.

Frage: Noch immer ist in mindestens 67 Ländern Homosexualität strafbar, in sieben Ländern droht sogar die Todesstrafe für gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen. Wird den Menschen, die aufgrund ihrer LGBTIQ-Zugehörigkeit staatlicher Verfolgung und gesellschaftlicher Diskriminierungen in ihren Heimatländern durch die Flucht nach Deutschland entkommen konnten, insbesondere in der Zeit ihrer Ankunft angemessen Schutz gewährt, welche Probleme bestehen und müssen zu welchen Maßnahmen führen? (CDU/CSU)

Antwort:

Hier möchte ich auf die Antwort des Sachverständigen Philipp Braun des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland (LSVD) verweisen.

Ergänzend möchte ich meine eigenen Erfahrungen mit dem Asylverfahren in Deutschland schildern und was wir als gleichgeschlechtliche Familie aus Russland erleben mussten. Mein Mann und ich sind seit 2015 ein Paar. Von Beginn des Asylverfahrens an wurde uns die Anerkennung als Menschen, die seit vielen Jahren eine Beziehung führen, verweigert, nur weil wir keine Heiratsurkunde haben. Eine solche konnten wir aus ganz offensichtlichen Gründen nicht haben, die eng mit der LSBTIQ*-feindlichen Verfolgung in Russland verknüpft sind. Wir wurden als Einzelantragsteller bearbeitet, und jedes Mal, und das war fast jeden Tag, mussten wir mit Nachdruck verlangen, dass wir beide zusammen zu dem Ort gebracht werden, an dem wir zu dem Gespräch erscheinen mussten, weil wir nicht als Paar im System waren. So erging es uns auch bei der Entscheidung des BAMF für meinen Ehepartner. Ihm wurde der Schutz als mein Familienangehöriger verweigert. Die Begründung für diese Entscheidung war das Fehlen einer russischen Heiratsurkunde, da wir Russen sind. Das ist eine absurde Aussage für LSBTIQ* Asylsuchende, da diese in der Regel aus

LSBTIQ*-feindlichen Staaten fliehen, und ich hoffe aufrichtig, dass sich die Verwaltungsvorgaben und die Verwaltungspraxis hier ändern. Eine solche Herangehensweise kann im schlimmsten Fall dazu führen, dass Paare, die faktisch wie in einer Ehe zusammenleben, durch das Asylverfahren getrennt werden, wie dies auch in einem Fall erfolgt ist, den der LSVD begleitet hat. Hier wurde einer der beiden schwulen Männer in einen Verfolgerstaat mit Todesstrafe für Schwule abgeschoben²¹, während sein Partner bleiben durfte. Ich selbst habe bereits im Dezember 2021 Asyl und Flüchtlingseigenschaft zuerkannt bekommen, mein Partner wurde abgelehnt. Mein Partner musste bis Oktober 2022 warten, bis dass sein negativer Bescheid aufgehoben und auch er anerkannt wurde. Sie können sich sicherlich vorstellen, welche Belastung dies für uns beide darstellte. Trotz alledem bin ich froh und dankbar, dass wir beide schlussendlich Schutz in Deutschland erhalten haben und nun hier eine gemeinsame Zukunft aufbauen können.

²¹ <https://www.lsvd.de/de/ct/6579-Schwuler-Mann-wurde-in-LSBTI-Verfolgerstaat-abgeschoben>